**Anlage 3**

(zu den Nummern 6.2, 7.1.2 Buchstabe e und 8)

**Informationen nach Art. 13 DS-GVO**

Die VMV - Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH verarbeitet personenbezogene Daten im Sinne des Artikel 4 Nummer 1 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO). Betroffene Personen haben das Recht, nach Art. 13 DS-GVO über folgende Punkte informiert zu werden:

**1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen**

Die Verantwortliche Stelle im Sinne der DS-GVO und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist die:

VMV - Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH

Der Geschäftsführer

Schloßstraße 37

19053 Schwerin

Deutschland

Tel.: 03 85 / 5 90 87 - 0

vmv.mbh@t-online.de

Website: [www.vmv-mbh.de](http://www.vmv-mbh.de).

**2. Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten**

Datenschutzbeauftragter der VMV – Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH ist als Beschäftigte des Verantwortlichen:

Kathrin Jopp

Schloßstraße 37

19053 Schwerin

Deutschland

Tel.: 03 85 / 5 90 87 - 0

[k.mahnke@t-online.de](mailto:k.mahnke@t-online.de)

**3. Zwecke der Verarbeitung**

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Anwendung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen zur Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs im Land Mecklenburg-Vorpommern verarbeitet, umso Ihren Zuwendungsantrag bearbeiten zu können.

**4. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung**

Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sind Art. 6 Absatz 1 Buchstabe e DS-GVO in Verbindung mit § 4 Absatz 1 Landesdatenschutzgesetz (DSG M-V) in Verbindung mit Nr. 7.1.2 Buchstabe e der Investiven Schienenpersonennahverkehrs-förderrichtlinie.

**5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern**

Verarbeitet werden Ihre personenbezogenen Daten durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH.

**6. Speicherdauer**

Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten werden unverzüglich gelöscht, sobald es die Vorschriften zur Aktenordnung der Landesverwaltung zulassen und eine Speicherung zur Dokumentation der Zuwendung (Verwendungsnachweisprüfung) nicht mehr erforderlich ist.

**7. Rechte der betroffenen Person**

Sie haben das Recht,

- gemäß Artikel 15 DS-GVO Auskunft über Ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen,

- gemäß Artikel 16 DS-GVO die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen,

- gemäß Artikel 17 DS-GVO die Löschung Ihrer gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, insbesondere, wenn sie für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht mehr notwendig sind und

- gemäß Artikel 18 DS-GVO die Einschränkung der Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zu verlangen, etwa wenn Sie die Richtigkeit Sie betreffender personenbezogener Daten bestreiten und wir dies überprüfen müssen.

Darüber hinaus haben Sie gemäß Artikel 21 DS-GVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten einzulegen.

**8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Artikel 78 DS-GVO.